

Grüne und UWG wollen im Rat Infos aus erster Hand bekommen

Landesschulbehörde soll Stellung nehmen, bevor eine Entscheidung fällt

Neustadt/Helstorf/Mandelsloh (os). Mit einem Antrag für die nächste Ratssitzung wollen die Fraktionen von UWG und Bündnis90/Grüne/Die Linke für fundierte Informationen in Sachen Schule Mandelsloh/Helstorf sorgen. Wie berichtet, hatte die Landesschulbehörde jüngst einen neuen Bescheid versendet. Mit dem ist die Außenstelle Helstorf, die nach vorherigem Stand nur bis zum Schuljahresende betrieben werden durfte, nun bis zum Ende des laufenden Schulversuches „Kooperativer Hort“ im Jahr 2021 gesichert. Wie es danach weitergehen soll, wird der Rat entscheiden müssen.

„Wir wollen unsere Optionen aus erster Hand kennen“, sagt UWG-Fraktionschef Willi Ostermann. Was genau in dem Bescheid steht, wissen die Politiker nicht. „Die Stadtverwaltung hält ihn unter Verschluss und hat nur Auszüge im nicht-öffentlichen Verwaltungsausschuss vorgestellt“, ergänzt Herbst. „An der anstehenden Entscheidung hängt sehr viel, schon beim letzten Mal war mit Sicherheit nicht allen klar, welche Konsequenzen dann folgen würden“, sagt er. Auf Anfrage der NZ bestätigte Stadtsprecher Stefan Bark, dass der Bescheid auch nicht an Ratsmitglieder herausgegeben werde.

Stadtrat Maic Schillack habe das mit der Landesschulbehörde so abgestimmt. Auf dem Wege der Akteneinsicht sei aber Information möglich, so Bark. Eine eingesetzte Projektgruppe besuche zudem in Kürze die Landesschulbehörde, „deshalb versteht Herr Schillack nicht, warum jetzt andere vorpreschen“, sagt der Stadtsprecher.

Für Herbst und Ostermann ist das indes völlig klar: Der Rat müsse letztlich auch entscheiden, also sei eine umfassende Information durch Fachleute der Landesschulbehörde in einer Ratssitzung wohl die beste Grundlage.

Beide Politiker sind der Ansicht,

der Bürgermeister könne einen solchen Besuch schon für die kommende Ratssitzung organisieren, ohne dass erst über ihren Antrag entschieden werden muss, „wenn er das öffentliche Interesse sieht“. Das wird aber wohl nicht geschehen. Zum einen sieht sein Stellvertreter Schillack nach Barks Worten die Dringlichkeit nicht, zum anderen „ist eine Woche Vorlauf schon etwas wenig“, so der Stadtsprecher. Demnach dürfte dann am Donnerstag, 9. Mai, doch zunächst der Rat zu entscheiden haben, ob er sich mit dem Antrag der beiden Oppositionsfraktionen befassen will oder nicht.